

Einbringung des Haushaltsplanes für das Jahr 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gemeindevorstand hat gestern den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2009 festgestellt. Dieser Entwurf wird heute Abend in die Gemeindevertretung eingebracht und Ihnen, meine Damen und Herren Gemeindevertreter, zur Beratung und Beschlussfassung übergeben. Gleichzeitig wird Ihnen der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Campingplatz und Badeseen Mainhausen übergeben. Aufgrund der Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung musste für das Jahr 2009 kein Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt werden, da der eingebrachte Ergebnisplan einen Überschuss ausweist.

Der Gemeindevorstand hat somit auch in diesem Jahr damit seinen gesetzlichen Verpflichtungen rechtzeitig und umfassend entsprochen.

Bei diesem Haushaltsplan handelt es sich um den zweiten Haushalt, der nach den Grundsätzen der „Doppik“ aufgestellt wurde. Seit dem 01.01.2008 hat die Gemeindeverwaltung das Haushaltswesen vom kamerelen System, das jahrzehntelang in allen Verwaltungen und Ministerien üblich war, auf eine nach kaufmännischen Regelungen ausgerichtete Form der Buchführung umgestellt. Diese Umstellung ist erfolgreich verlaufen. Beim laufenden Buchungsgeschäft treten keine Schwierigkeiten auf. Die Mitarbeiter in allen Fachbereichen haben sich sehr schnell auf das neue System eingestellt und arbeiten inzwischen damit fast genauso routiniert wie früher.

Eine wesentliche Änderung des neuen Buchführungssystems besteht darin, dass nunmehr alle der Gemeinde gehörenden Wirtschaftsgüter abgeschrieben werden und dadurch ein erhöhter Aufwand entsteht. Die Haushaltsplanung des Jahres 2008 hat dadurch bedingt einen Verlust in Höhe von 679.880,-- Euro ausgewiesen, während im Jahr 2007, dem letzten Jahr nach dem alten System, noch ein erheblicher Überschuss erzielt wurde.

Fehlbeträge aus Vorjahren bestehen somit nicht mehr.

Umso erfreulicher ist die Entwicklung des Zahlenwerks für das Jahr 2009 zu beurteilen.

Den Erträgen von 17.958.531,--Euro stehen Aufwendungen von 17.953.225,-- Euro gegenüber. Dadurch ergibt sich ein kleiner Überschuss von 5.306 ,-- Euro.

Im Finanzhaushalt ergeben sich im investiven Bereich Einzahlungen von 3.231.740,-- Euro und Auszahlungen von 2.138.850 ,-- Euro.

Meines Erachtens hat sich die neue Form der Haushaltsplanung bewährt. Während in der Vergangenheit jede Einnahme- und Ausgabeposition des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes dargestellt wurde, ist der neue Haushaltsplan nach Produkten gegliedert. Im Haushaltsplan des Jahres 2009 handelt es sich dabei gegenüber dem Vorjahr unverändert um 55 Produkte, die sich auf 6 Budgets, sogenannte Teilhaushalte, verteilen, für die jeweils eine Person verantwortlich ist.

In diesen Produkten werden Ertrags- und Aufwandspositionen, bei denen ein sachlicher Zusammenhang besteht, in einer Summe ausgewiesen. Das gleiche gilt für Investitionen, die ebenfalls in einem Betrag aufgeführt werden. Die Zielsetzung des Gesetzgebers dabei war, dadurch die Haushaltsberatungen deutlich zu vereinfachen. Wir alle wissen, dass dies bei der Beratung des diesjährigen Haushaltes, infolge der erstmalig geänderten Verfahrensweise, nicht immer vollständig gelungen ist. Ich bin jedoch zuversichtlich für die nun anstehenden Beratungen. Neben den in der Vergangenheit bereits vorhandenen Zahlen, sind in den Produkthaushalten die Beschreibung des jeweiligen Aufgabenbereichs, die Auftragsgrundlage, die von den Gemeindegremien vorgesehenen Zielsetzungen, die Zielgruppen, also die Personen, die davon betroffen sind, sowie Kennzahlen anzugeben.

Bei den Kennzahlen handelt es sich um Angaben, die den Gemeindegremien die Urteilsfindung hinsichtlich der Höhe der zu bewilligenden Mittel bzw. der zu erzielenden Einnahmen erleichtern sollen. Aufgrund der Vorgaben im Haushaltsplan des Jahres 2008 sind hier erstmals zahlreiche Daten enthalten.

Nach erfolgter Teilnahme des Gemeindepersonals an den erforderlichen Schulungen wird ab dem Jahr 2009 die Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Dies betrifft zunächst die Bereiche der Personalverwaltung und die EDV. Weiterhin werden bei den Gebührenhaushalten die kalkulatorischen Zinsen veranschlagt.

Die Investitionen des Jahres 2009 belaufen sich auf 2.138.850 ,-- Euro. Damit hat der investive Teil der gemeindlichen Haushaltsplanung geringeres Volumen als in den Vorjahren. Es ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.500.000,-- Euro vorgesehen. Dabei handelt es sich um einen Kredit der mit der Baumaßnahme Feuerwehrgerätehaus Zellhausen in Zusammenhang steht und durch das Land Hessen gefördert wird.

Ihnen allen ist bekannt, dass die Haushalte bis einschließlich des Jahres 2007 nur unter sehr strengen Auflagen der Kommunalaufsicht genehmigt wurden. Durch die Kommunalaufsicht wurden mit der Genehmigung der Haushalte teilweise erhebliche Forderungen hinsichtlich der Steuer- und Gebührenerhebung gestellt sowie die Aufstellung von Haushaltskonsolidierungskonzepten gefordert.

Da der Ergebnishaushalt des Jahres 2008 einen Verlust ausweist, war auch für das laufende Haushaltsjahr 2008 ein entsprechendes Konzept aufzustellen.

Aufgrund der Beschlussfassung der Gemeindevertretung im vergangenen Jahr war in der Haushaltssatzung ein Hebesatz bei der Grundsteuer B von 246 Prozent enthalten.

Damit wurde einer langjährigen Forderung der Kommunalaufsicht und der Revision der Kreisverwaltung entsprochen. Im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung wurde die im Vorjahr getroffene Entscheidung, die Grundsteuer maßvoll zu erhöhen, wieder zurückgenommen. Dies hat neben einem Einnahmeausfall von rd. 70.000,-- Euro auch für die Mitarbeiter der Verwaltung eine erhebliche Mehrarbeit bedeutet.

Im Entwurf der Haushaltssatzung des Jahres 2009 sind daher die Hebesätze gegenüber dem Vorjahr unverändert übernommen worden.

Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung, der schon seit einigen Jahren festzustellen ist, hat nun auch unsere Gemeinde erreicht. Im Jahr 2008 ist von einem deutlich höheren Gewerbesteueraufkommen auszugehen, obwohl das Gewerbesteuergesetz zu Beginn des Jahres geändert wurde. Aufgrund dieser erheblichen Steuermehreinnahmen wird das

Aufkommen für das Jahr 2009 auf 4.550.000,-- Euro geschätzt. Deutliche Mehreinnahmen sind aufgrund der gesunkenen Arbeitslosigkeit und höherer Einkommen auch bei der Einkommensteuer zu erwarten. Alle 3 Jahre, das nächste mal zum 01.01.2009, wird der Verteilungsschlüssel bei der Einkommensteuer neu festgelegt. Aufgrund der in der Vergangenheit deutlich gestiegenen Einwohnerzahl wird hier eine Erhöhung des Aufkommens von 14 Prozent auf 4.901.000,-- Euro erwartet. Von der Durchführung der Steuerreform und Steigerung der lokalen und überregionalen Wirtschaftsleistung hat somit auch unsere Kommune profitiert. Die Steuereinnahmen sind überall deutlich gestiegen. Wie sich jedoch die derzeitige Finanzkrise auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Der Ihnen heute vorgelegte Haushaltsplan entspricht den Zielsetzungen der von der Kommunalaufsicht in der Vergangenheit formulierten Forderungen. Alle Positionen wurden sorgfältig berechnet bzw. geschätzt. Soweit es möglich war, wurden Einsparungen vorgenommen. Die Gemeinde Mainhausen kann sich jedoch den allgemeinen Entwicklungen nicht entziehen. Aufgrund des für eine kleine Kommune relativ großen Gebäudebestandes, der häufig noch eine schlechte Isolierung aufweist, sind aufgrund der steigenden Energiekosten deutlich höhere Beträge für die Gebäudebewirtschaftung zu veranschlagen. Das gleiche gilt für die Kosten der Stromversorgung und die Treibstoffkosten. Bei der Ermittlung der Haushaltspositionen war außerdem die allgemeine Preissteigerungsrate zu berücksichtigen. Wegen der steigenden Energiekosten ist vorgesehen, bei den beiden Bürgerhäusern ein Energieeinsparungskonzept erstellen zu lassen.

Aufgrund der im Jahr 2008 getroffenen Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien steigen auch die Personalausgaben für die bei der Gemeinde beschäftigten Mitarbeiter deutlich. Ausgabesteigerungen treten in diesem Bereich aber auch dadurch auf, dass freie Stellen beispielsweise im Bauhofbereich besetzt wurden.

Sollte bei einigen Haushaltsstellen der Haushaltsansatz tatsächlich nicht verausgabt werden, dann werden die Mittel eingespart. Unnötige Ausgaben oder das sogenannte „Dezemberfieber“ wird es unter meiner Amtsführung auch weiterhin nicht geben.

An den Kreis muss im kommenden Jahr ein Betrag von 5.228.800 ,-- Euro abgeführt werden. Dieser Betrag ist erheblich höher als das Gewerbesteueraufkommen, das durch die örtlichen Unternehmen und die darin tätigen gewerblichen Arbeitnehmer erwirtschaftet wird.

Der veranschlagten Höhe der Kreis- und Schulumlage liegt ein Umlagesatz von 56 Prozent zugrunde. Für das Jahr 2008 betrug die Umlage noch 4.786.500 Euro. Mit der Steigerung von 442.300,-- Euro werden der Gemeinde in erheblichem Umfang notwendige finanzielle Mittel entzogen. Die Erhöhung der Umlage trägt ganz erheblich dazu bei, dass im Ergebnishaushalt nur ein geringer Überschuss entsteht und daher nicht im gewünschten Umfang Rücklagen für die Zukunft gebildet werden können. Aufgrund der steigenden Steuereinnahmen in letzter Zeit ergeben sich auch erhebliche Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen des Landes. Die Zuweisungen verringern sich von 927.200,-- Euro im Jahr 2008 auf 764.100,-- Euro im Jahr 2009.

Aufgrund einer optimistischen Schätzung wird das Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 4.550.000,-- Euro veranschlagt. Dies sind 1.450.000,-- Euro mehr als im Vorjahr. Davon allerdings muss ein Betrag von 955.000 ,-- Euro an Gewerbesteuerumlagen an das Land abgeführt werden. Bei dem geschätzten Gewerbesteueraufkommen von 4.550.000 ,-- Euro kann es sich nur um eine grobe Schätzung handeln, da nicht bekannt ist, welche Erträge die örtlichen Betriebe in den letzten Jahren erwirtschaftet haben und wie sich die Gewerbesteuerreform, die per Saldo die Betriebe entlasten soll, auswirken wird.

Da jedoch allgemein eine steigende Wirtschaftskraft prognostiziert wird, ist diese Schätzung gerechtfertigt.

Festzustellen ist allerdings, dass von einer Steigerung des Gewerbesteueraufkommens die Gemeinde kaum profitiert. Der größte Teil des Aufkommens muss über Umlagen an das Land oder den Kreis abgeführt werden. Weiterhin führt ein steigendes Aufkommen zu einer Minderung der Schlüsselzuweisungen. Per Saldo verbleiben damit bei der Gemeinde weniger als 20 Prozent des Aufkommens.

An Grundsteuer B wird ein Betrag von 915.000,-- Euro veranschlagt. Der Einkommensteueranteil der Gemeinde wird auf 4.901.000,-- Euro und der Umsatzsteueranteil auf 460.000,-- Euro geschätzt. Diesen Schätzungen liegen die Angaben des Statistischen Landesamtes zugrunde. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass hier erhebliche Abweichungen möglich sind. Diese beiden beachtlichen Einnahmepositionen können daher keineswegs als verbindlich angesehen werden, da sie ganz wesentlich durch die Konjunktur beeinflusst werden.

Die Ergebnispläne enthalten neben den üblichen Personal- und Sachkosten, hierzu gehören die Kosten der Grundstücksunterhaltung und die Beschaffung von Arbeitsmaterialien, auch eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen bzw. Ausgaben im Rahmen der sozialen Daseinsfürsorge. Diese Beträge wurden entsprechend der Ergebnisse der Vorjahre sehr sorgfältig geschätzt und Kürzungen soweit vertretbar vorgenommen.

Für die vorhandenen 6 Kindergärten wurden Aufwendungen von insgesamt 1.927.471,-- Euro veranschlagt. Diesen Aufwendungen stehen lediglich Erträge von 405.400,-- Euro gegenüber. In den Kindergärten sollte eine Kostendeckung von 33 Prozent angestrebt werden. Fraglich ist, ob dies allein durch eine Kostenreduzierung möglich ist. Aufgrund der Einführung des Bambini Programms hat sich die Einnahmesituation jedoch verbessert.

Unabhängig davon bedeutet das, dass die Betreuung unserer jüngsten Einwohner einen Zuschuss von mehr als 1.522.071,-- Euro erfordert. In allen drei Gemeindekindergärten wird inzwischen ein Mittagstisch angeboten. Das Angebot wird von den Eltern und natürlich auch den Kindern gerne angenommen.

Wegen der notwendigen Erweiterung der Betreuungsmöglichkeiten für die unter Dreijährigen ergeben sich hier in Zukunft noch höhere Aufwendungen, für die allerdings auch Zuschüsse gezahlt werden.

Für die Seniorenbetreuung werden 9.500,-- Euro und für die Kinder- und Jugendhilfe in Form von Freizeitmaßnahmen 30.000,-- Euro veranschlagt.

An die Caritas Sozialstation ist ein Zuschuss von 14.000,-- Euro und für die Betreuten Grundschulen von 60.000,-- Euro vorgesehen.

Einen wesentlichen Teil der freiwilligen Leistungen entfällt, wie schon in den Vorjahren, auf die Ortsvereine. An indirekten Zuschüsse in Form der kostenlosen oder der vergünstigten Nutzung der Sportplätze, Sporthallen, Bürgerhäuser, Vereinshäuser und Festplätze entstehen der Gemeinde Aufwendungen von 705.497,-- Euro.

Diese Zuschüsse belasten die Gemeindefinanzen erheblich und sind ein wesentlicher Grund dafür, dass die Gemeinde keine höheren Rücklagen bilden kann.

Für den Brandschutz werden ebenfalls wieder erhebliche Beträge aufgewendet. Für die Anschaffung von diversen Kleingeräte, die Fahrzeugunterhaltung, den Lohnausfall und die ehrenamtlich Tätigen usw. sind 457.363-- Euro vorgesehen. Dies ist wegen der zu veranschlagenden Abschreibungen ein wesentlich höherer Betrag als im Vorjahr.

Darin enthalten ist auch der Zuschuss für kameradschaftliche Veranstaltungen von 4.500,-- Euro. Für die Büchereien werden 3.600,-- Euro vorgesehen.

Bei der Abwasserbeseitigung stehen den Erträgen in Höhe von 1.833.000,-- Euro Aufwendungen von 1.889.232,-- Euro gegenüber. Bei der Wasserversorgung wurden Erträge in Höhe von 545.000,-- Euro veranschlagt. In diesen Bereich entstehen Aufwendungen von 612.401,--Euro.

Bei der Müllentsorgung stehen den Erträgen von 641.000,-- Euro Aufwendungen von 634.800,-- Euro gegenüber. Hier wurde das Ergebnis der Ausschreibung berücksichtigt. Bedauerlicherweise steigen die Verbrennungskosten, so dass eine größere Entlastung der Bürger nicht möglich ist.

Zu den größten Naherholungsgebieten der Gemeinden gehört auch der Gemeindewald. Wegen der steigenden Holzpreise ist dieser Bereich seit 2 Jahren kostendeckend. Der Gemeindeforst verursacht einen kleinen Gewinn von 1.160,-- Euro.

An Darlehenszinsen muss ein Betrag von 240.000,-- Euro bereitgestellt werden.

Die Zinsen für den Dispo-Kredit betragen 40.000,-- Euro. Insgesamt werden 40.000,-- Euro weniger an Zinsaufwendungen veranschlagt. Dies hängt auch mit den steigenden Steuereinnahmen zusammen.

Der Finanzhaushalt des Jahres 2008 ist zu einem großen Teil durch die Investitionen im Bereich Feuerwehrgerätehaus Zellhausen, Abwasserentsorgung und Straßenbau geprägt.

Bei der Abwasserbeseitigung sollen im kommenden Jahr 878.3.000,-- Euro investiert werden.

Beiträge entstehen durch diese Investitionen nicht.

Für die Neuanschaffung von Feuerwehrgeräten werden 101.850,-- Euro und für den Bau von Feuerwehrhäusern 100.000,-- Euro veranschlagt. Der Ausbau der Gemeindestraßen kostet 205.000,-- Euro. Für den Ausbau des Wasserversorgungsnetzes fallen im Jahr 2009 keine Beträge an.

Diese Investitionen sind jedoch nur möglich, wenn auch weiterhin Grundstücke verkauft werden.

An Verkaufserlösen werden 2.345.340,-- Euro erwartet.

Für die Tilgung der in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite ist ein Betrag von 400.000,-- Euro vorgesehen. Da die Kreditaufnahme 1.500.000,-- Euro beträgt, ergibt sich eine Neuverschuldung von 1.100.000,-- Euro.

Für den Ausbau des Rathauses in Mainflingen zu einem gemeinsamen Rathaus für beide Ortsteile ist zunächst ein Betrag von 100.000,-- Euro vorgesehen.

Wegen der notwendigen Erweiterung des Betreuungsangebotes für die unter 3 jährigen werden an Baukosten und den Erwerb von Einrichtungsgegenständen 400.000,-- Euro veranschlagt. Diese Maßnahmen werden jedoch erheblich bezuschusst, so das hier Einnahmen von 324.000,-- Euro erwartet werden.

Wegen der notwendigen Ausstattung der Verwaltung mit neuen Möbeln und zeitgemäßer EDV werden 50.000,-- Euro veranschlagt. Für den Bauhof sollen Arbeitsgeräte für 117.000,-- Euro angeschafft werden. Davon entfällt auf die neue Kehrmaschine ein Betrag von j100.000,--.

Für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für den Katastrophenschutz werden 80.000,-- Euro und die Anschaffung neuer Spielgeräte 25.000,-- Euro in die Haushaltsplanung aufgenommen.

Bei den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen von 2.345.340,-- Euro handelt es sich um die letzten baureifen und veräußerbaren Grundstücke, über die die Gemeinde verfügt. Eine

Finanzierung zukünftiger Investitionen über Grundstücksverkäufe ist daher nicht möglich. Auf diesen Sachverhalt möchte ich Sie ausdrücklich hinweisen.

Sehr geehrte Mitglieder der Gemeindevertretung,

der Gemeindevorstandes hat die ihm durch den Gesetzgeber zugewiesene Aufgabe, den Entwurf des Haushaltsplanes 2009 festzustellen und in die Gemeindevertretung einzubringen, rechtzeitig und vollständig entsprochen. Mit der Aufstellung des ersten doppelhaushaltsplanischen Haushaltsplanes für das Jahr 2008 hatte die Gemeindeverwaltung ein neues Kapitel des Gemeindefinanzrechts aufgeschlagen. Ab Januar des Jahres 2009 wird sich die Verwaltung bemühen den ersten Abschluss nach kaufmännischen Regelungen zu erstellen. Die Auswertung des Zahlenwerks wird zeigen, ob die Zielsetzungen nach mehr Transparenz, Generationengerechtigkeit und Schonung der vorhandenen Ressourcen erreicht wurde. Wie im Vorjahr möchte ich Sie wieder bitten, nehmen Sie die Ihnen zugewiesenen Aufgaben im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zeitnah wahr, damit im Jahr 2009 die Gemeinde ihre freiwilligen, gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch erfüllen kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die im Haushaltsplan für ein Jahr vorgesehenen Maßnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden können, wenn der Haushaltsplan erst im Sommer verabschiedet wird und die Verwaltung die zahlreichen Aufgaben eines Jahres in nur 6 Monaten erledigen muss.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
